

Alternative für Deutschland

AfD-Fraktion im Kreistag des
Landkreises Waldeck-Frankenberg



AfD-Fraktion Waldeck-Frankenberg, Rosenstraße 4, 34513 Waldeck
An den Kreistagsvorsitzenden
des Landkreises Waldeck-Frankenberg
Herrn Rainer Hesse
Südring 2
34497 Korbach

11.08.2024

Antrag gem. § 9 Geschäftsordnung RESOLUTIONSANTRAG Abschiebungs-Offensive nach Syrien

Sehr geehrter Herr Hesse,

wir bitten folgenden Resolutionsantrag auf die Tagesordnung des Kreistages vom 27.09.2024 zu setzen.

Der Kreistag wolle beschließen:

Der Kreistag fordert die Bundesregierung und Landesregierung auf schnellstmöglich alle notwendigen Schritte umzusetzen, damit syrische Kriegsflüchtlinge wieder in Ihre Heimat abgeschoben werden können.

Begründung:

972.000 Syrer leben in Deutschland. Davon leben 513.534 Menschen vom Staat, was einem Anteil von rund 52 Prozent entspricht. Wenn für deutsche Arbeitnehmer am Ende des Monats der Gehaltszettel ins Haus flattert, ist wieder eine syrische Stadt in der Größe von Nürnberg oder Duisburg durchgefüttert worden. Dazu kommen natürlich noch Afghanen, Iraker, Somalier, Eritreer, Marokkaner, Tunesier...

Gegenüber dem Jahr 2014 lebt inzwischen die 16-fache Anzahl an Syrern in Deutschland – die Zahl entspricht rund fünf Prozent der syrischen Gesamtbevölkerung. Ein aktuelles Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster hat gerade erst die Handlungsspielräume für mehr Abschiebungen erweitert. Das Gericht hatte festgestellt, dass das Leben von Zivilisten in Syrien nicht mehr ernsthaft bedroht ist. Damit wurde die Klage eines Syrers abgewiesen, der einen Flüchtlingsstatus oder zumindest einen sogenannten subsidiären Schutz in Deutschland erhalten wollte. Das heißt in Kurzfassung: Eine Abschiebungs-Offensive nach Syrien wäre möglich, wenn die Bundesregierung und Landesregierung grünes Licht geben würde.

Zur Situation im Landkreis. Gemäß der Antwort des Landkreises vom 11.9.2023 auf unsere große Anfrage 11.5.2023 Unterbringung Flüchtlinge und Asylbewerber waren bis zum Stichtag 1.6.2023 insgesamt 4.236 Flüchtlinge/Asylbewerber im Landkreis untergebracht. Die von uns gewünschte Aufschlüsselung nach Nationalitäten der Versorgten war leider anscheinend nicht möglich. Wir schätzen daher, dass bis zu 1.000 syrische Kriegsflüchtlinge im Landkreis leben und versorgt werden.

Die Kosten für den Landkreis (bzw. Steuerzahler) schätzen wir auf über eine Millionen Euro pro Jahr für diese Kriegsflüchtlinge ein. Von den vergeblichen Bemühungen die Integrationslast der Migrationskrise in den Kindergärten und Schulen zu schultern, wurde ebenfalls berichtet.

Landrat, erster Kreisbeigeordneter und Bürgermeister der Kommunen haben bereits die prekäre Lage mehrfach, auch in der HNA/WLZ deutlich gemacht und ein offener Brief wurde an den Bundeskanzler gesendet.
Die Kommunen und der Landkreis haben um Entlastung gebeten.

Vor diesem Hintergrund halten wir diesen Resolutionsantrag für absolut zielführend um eine Entlastung der Kommunen, des Landkreises und auch der Steuerzahler erreichen zu können. Auch die innere Sicherheit wird verbessert, denn man denke an den überproportionalen Anteil von syrischen Straftätern bei Gewaltdelikten. Als unrühmliches Beispiel sei auf die 13 köpfige syrische Familie des Intensivtäters Khalil H. aus Stuttgart verwiesen, auf deren Konto neben den 33 Straftaten des 17-jährigen Messerattentäters bereits 110 Straftaten laut Polizeiberichten gehen.

Unabhängig von all dem Genannten werden die syrischen Kriegsflüchtlinge bzw. Asylbewerber dringend in Ihrer Heimat zum Wiederaufbau gebraucht.

Mit alternativen Grüßen

